

PROTOKOLL

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Bildung am Montag, dem 22.05.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: BI/007/2023
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 22:37 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Stefanie Ernst

stellv. Vorsitzender

Uwe Hinze

Mitglied CDU-Fraktion

Elisabeth Aryus-Böckmann

Gerda Hövel

Sabine Wehrmann

für Malte Stakowski

Mitglied SPD-Fraktion

Lorenz Brieber

Andreas Timpe

Detlef Weitkamp

für Annegret Mielke

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Regina Haase

Malina Kruse-Wiegand

Ralf Tubesing

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Matthias Pietsch

Mitglied FDP-Fraktion (Grundmandat)

Arend Holzgräfe

Hinzugewählte

Ina-Susann Beckmann

Anja Krohnfuß

Katharina Strob

für Daniel Wegner

Gäste

Gast/Gäste

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

Mareike Mons

Katja Rauer

Marita Feller

Florian Remmert

Vertreter für Frau Itzek

ProtokollführerIn

Marion Noruschat

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Frau Grawe

zeitweise 56

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Malte Stakowski

Mitglied SPD-Fraktion

Annegret Mielke

Hinzugewählte

Yanneck Assies

Daniel Wegner

entschuldigt

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Verpflichtung hinzugewählter Mitglieder
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 02.03.2023
- TOP 5 Einwohnerfragestunde
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Schulen
- TOP 7.1 Schulstrukturprozess 2030
Vorlage: 01/2023/0107
- TOP 8 Kindertagesstätten
- TOP 8.1 neue Bedarfsprognose zur Kindertagesbetreuung in Melle für Kinder (Geburt bis Einschulung)
Vorlage: 01/2023/0106
- TOP 8.2 Kinderhaus Buer e.V. - Umsetzungsbeschluss für Anbau und Sanierung
Vorlage: 01/2023/0103
- TOP 9 Antrag der SPD-Fraktion: Menstruationsartikel an städtischen Oberschulen
Vorlage: 01/2023/0123
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3 Verpflichtung hinzugewählter Mitglieder

Vorsitzende verpflichtet die neuen Hinzugewählten für den Stadtelternrat der Meller Schulen, Anja Krohnfuß und als Stellvertreter Patrick Heyn, per Handschlag.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 02.03.2023

Das Protokoll der Sitzung vom 02.03.2023 wird einstimmig, bei sechs Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Patrick Heyn, Vorstand Stadtelternrat Schulen, spricht den Schulstrukturprozess an. Die Presse vermittele den Eindruck, dass es hauptsächlich um die Baukosten ginge. Darauf dürfe jedoch keinesfalls das Hauptaugenmerk gelegt werden. Seiner Ansicht nach solle die Auswahl an Schulstandorten erhalten bleiben. Diese sei ein großer Standortfaktor. Er fragt, inwieweit bestehende Konzepte in Zukunft erhalten blieben.

Herr Dreier stellt klar, dass es sich bei dem Prozess nicht nur um eine Kostenbetrachtung handele. Vielmehr habe man das notwendige Investitionsvolumen zum Anlass genommen, sich grundlegende Gedanken zu einer qualitativ hochwertigen Schullandschaft bzw. Schulgebäuden zu machen. Daher gehe es darum, wie sich der jeweilige Schulstandort entwickle, welche räumlichen Erfordernisse bestehen. Es sei ein offener Prozess, den Frau Mons unter TOP 7.1 darstellen werde. Die Politik habe u.a. bereits die Stakeholder erarbeitet, alle sollen beteiligt werden. Es werde ergebnisoffen diskutiert, um herauszuarbeiten, was das Beste für die Schülerinnen und Schüler ist.

Monika Born wünscht sich mehr Unterstützung für die Kinder, gerade nach drei Jahren Corona, und hält daher nichts von Schulschließungen. Sie vermute, dass durch Schließung von Schulen mehr Geld z.B. für einen Rathausneubau zur Verfügung stehen würde. Sie fragt nach, was in Zukunft für die Kinder getan werde.

Vorsitzende dankt für das Plädoyer. Als Mutter könne sie den Unmut und die Unsicherheiten der Eltern sehr gut nachvollziehen, der durch den kürzlich erschienenen Presseartikel entstanden sei. Der angesprochene Presseartikel habe jedoch „ein Geschmäcke“ derart, dass ein Ratsmitglied - entgegen getroffener Absprachen auf der Strategieklausur - Infos an die Presse weitergegeben habe. Dieses habe dem Prozess sehr geschadet. Sie versichert, dass von Seiten des Rates nichts beschlossen worden sei. Heute sei der Beginn eines offenen und transparenten Prozesses, mit dem Ziel, das möglichst

Beste für die Schülerinnen und Schüler, die Lehrer und die Eltern zu erreichen. Der Rat sei dabei das Gremium, in dem über die Zukunft der Meller Oberschulen zu entscheiden sei.

Herr Dreier schließt sich dem an und weist darauf hin, dass Eltern immer die Möglichkeit haben, über den Stadtelternrat Einfluss zu nehmen und Wünsche zu äußern.

Monika Born erkundigt sich danach, wie es zu so einem großen Sanierungsbedarf kommen konnte und warum nicht früher etwas unternommen worden sei.

Herr Dreier berichtet, dass stetig saniert worden sei, gerade in der OBS Neuenkirchen, vielleicht aber nicht überall in dem erforderlichen Umfang. Gerade das solle künftig nicht mehr passieren. Die laufenden Sanierungsmaßnahmen werden selbstverständlich weitergeführt. Das Standardraumprogramm, das 2018 beschlossen wurde, werde ebenfalls in dem Prozess angeschaut, da es schon in die Jahre gekommen sei.

Inga Heyn-Schäfer berichtet in diesem Zusammenhang von einem Fenster in der GS Buer, das herausgefallen sei.

Herr Kunze bestätigt dieses Problem. Man habe seinerzeit schnell reagiert und zunächst alle Tische in die Mitte gezogen. Eine Fachfirma und der Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband hätten sich kurzfristig vor Ort informiert und alle weiteren Fenster angesehen. Letztlich sei das anschließende Handeln der Stadt als gut und nicht etwa grob fahrlässig bewertet worden. Für die Kinder sei es insgesamt selbstverständlich keine schöne Situation gewesen.

Frank Heggemann schildert, dass es auch in der OBS Neuenkirchen Probleme mit den Fenstern gebe.

Herr Kunze erklärt, dass die Hausmeister in den Schulen regelmäßige Kontrollen durchführen. Sollten Maßnahmen erforderlich sein, so werden umgehend die entsprechenden Fachfirmen beauftragt.

Frederike Niehaus hält die OBS Buer als kleines System für optimal für die Beschulung von Inklusionskindern, da diese allen Lehrern persönlich bekannt seien. Wie wolle man künftig diesen Kindern gerecht werden, wenn es keine kleinen Systeme mehr gebe?

Vorsitzende betont nochmals, dass bislang noch keine Beschlüsse gefasst worden seien.

Delia Sawetzki fragt sich, wie die Eltern Informationen über den Schulstrukturprozess bekommen. Bei all den Möglichkeiten, die zur Debatte stehen, sei es schwer, eine Entscheidung zu treffen, an welcher Schule sie ihr Kind anmelden.

Vorsitzende versteht die Verunsicherung und bittet in solchen Fällen, sich über den Stadtelternrat zu informieren.

Frau Thomas, Schulleiterin GOBS Lindeschule Buer, stellt fest, dass der Prozess bereits begonnen habe, die Schulleitungen aber bis heute nicht beteiligt worden seien. Wie stellt man sich die künftige Zusammenarbeit vor?

Herr Dreier erläutert, dass es sehr unglücklich gewesen sei, dass der schon angesprochene Pressebericht vor der geplanten Information der Schulleitungen veröffentlicht wurde, obwohl es anders abgesprochen worden war. Die Einbindung der Leiterinnen und Leiter sei der Verwaltung sehr wichtig und daher eine entsprechende E-Mail mit grundlegenden Informationen sei bereits am Tage der Veröffentlichung des Artikels an die Schulen

versendet worden. Hiernach wurden mehrere Besichtigungen in Absprache mit den Schulleitungen terminiert.

Delia Sawetzki erkundigt sich, was gewesen wäre, wenn der Artikel nicht erschienen wäre, wäre dann alles geheim geblieben?

Herr Dreier stellt klar, dass nichts geheim geblieben wäre. Eine Information der Schulen sei für das Ende jener Woche geplant gewesen. Der Beginn des Prozesses sei für alle erst am heutigen Tag! Heute erhalten alle erstmals Informationen zum Prozessverlauf, worüber auch die Presse berichten wird.

Mike Ueberschär findet es traurig beim Thema Bildung über das Geld zu reden. Die Kinder sollten gefragt werden, was für sie das Beste sei.

Herr Dreier hält den Hinweis auf die Einbindung der Kinder für berechtigt und versichert, dass auch die Gruppe der SchülerInnen beteiligt werde. Das Thema *Investitionsvolumen* wurde nun zum Anlass genommen, sich grundlegende Gedanken über die Schulbauten zu machen, nicht um Einsparungen zu erzielen.

Herr Schäfers spricht die Möglichkeit der Einrichtung einer weiteren Wald-KiTa an und fragt, warum diese abgelehnt werde.

Herr Dreier verweist zu diesem Punkt auf den Bericht der Verwaltung.

Herr Porter erkundigt sich nach der Finanzierung der Maßnahmen.

Herr Dreier erläutert, dass der Prozess gerade starte und dass die Fragen der Finanzierung erst später, wenn es eine Entscheidung gebe, geklärt würden. Es werde jedoch immer eine wirtschaftliche Lösung geben. Eine Finanzierung im Vorfeld zu klären mache hier wenig Sinn, da noch nicht klar sei, welche Entscheidung getroffen werde. Erst dann sei klar, welche Richtung eingeschlagen werde.

Monika Born möchte wissen wie es weitergehe, welche Schule geschlossen werde. Die Eltern seien sehr beunruhigt.

Vorsitzende verweist hierzu auf den TOP 7.1.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt:

1. Schulen

a) Umsetzung DigitalPakt

Am 08.08.2019 ist die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der IT-Infrastruktur und der IT-Ausstattung in Schulen (DigitalPakt) in Kraft getreten. Aktuell wurden von den insgesamt vom Land Niedersachsen bereitgestellten rd. 465 Mio. € lediglich 64% abgerufen. Um das Verfahren zu beschleunigen, wird das Antragsverfahren ab dem 01.07.2023 auf das „Windhundverfahren“ umgestellt. Damit alle Schulträger noch die Chance haben, ihre Mittel abzuschöpfen, wird die Antragsfrist nach dem bisherigen Verfahren bis zum 30.06.2023 verlängert. Ab dem 01.07.2023 können auch Schulträger, deren Budget bereits ausgeschöpft ist, weitere Anträge stellen bis das Restbudget erschöpft ist.

Aus heutiger Sicht hat die Stadt Melle die für sie zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von insgesamt 1.228.624 € bis zum 30.06.2023 abgerufen, sodass weitere Mittel ab dem 01.07.2023 beantragt werden könnten.

b) Anmeldezahlen Oberschulen für das Schuljahr 2023/24

	Anmeldungen aus JG. 4 der Grundschulen (pro Kopf) OHNE I-Kinder !!!	Anmeldungen aus JG. 4 der Grundschulen (pro Kopf) NUR I-Kinder	Anzahl Anmeldungen insg. (pro Kopf) (ohne Doppelzählung!)	voraussichtliche Anzahl Wiederholer aus Jahrgang 5	Anzahl Schüler gesamt (incl. Wiederholer + Doppelzählung der I-Kinder)
OBS Ratsschule	20	7	27	0	34
OBS Buer	29	5	34	0	39
OBS Neuenkirchen	44	5	49	1	55
IGS Melle (aufgenommene SuS)	143	3	146	1	150
GYM Melle	156	2	158	1	161
					439

Die Tabelle wurde aufgrund von Nachmeldungen aktualisiert.

2. Kindertagesstätten

a) Bielefelder Screening / Würzburger Training

Die Bezuschussung des Bielefelder Screenings sowie des Würzburger Trainings läuft mit dem Kita-Jahr 2022/23 aus. Die Kita-Leitungen haben sich geeinigt, das Programm nicht in dieser Form fortzuführen. Das Screening wurde reformiert und ist seither deutlich umfangreicher als bisher. Problematisch war und bleibt, dass Kinder mit Migrationshintergrund und entsprechenden mangelnden Deutschkenntnissen von diesem Programm nicht erfasst werden können. Es soll daher auf andere Förderprogramme umgestellt werden.

b) Sachstand Baumaßnahmen Kitas

Aktuell laufen seitens der Stadt Melle drei Baumaßnahmen an Kitas.

1. Ehemalige Jugendherberge

Aktuell wird die Ausführungsplanung seitens der Fachplaner erarbeitet, um die Ausschreibung der Gewerke vorzubereiten. Diese soll laut Zeitplan ab Juni 2023 stattfinden.

2. Montessori Familienzentrum

Das Projekt befindet sich weiter in der Planungsphase. So gilt es, verschiedene Aspekte wie z.B. auch den Sanierungsbedarf im Altbestand zu prüfen.

3. Kinderhaus Buer

Der Stand wird heute in einem separaten TOP vorgestellt.

c) Sachstand Ausschreibung Trägerschaft Kita in ehemaliger Jugendherberge

Die Bewerbungsfrist um Teilnahme am Wettbewerb ist am 12.05.2023 abgelaufen. Es sind insgesamt 4 Bewerbungen eingegangen. Am 23.05.2023 werden nach formaler Prüfung und Wertung sowie Eingang fehlender Angaben die Aufforderungen zur Abgabe des Erst-Angebotes rausgehen. Diese Frist endet am 05.06.2023. Verhandlungen mit den möglichen Trägern werden am 12.06.2023 stattfinden. Der finale Vergabevorschlag erfolgt am 21.06.2023, so dass in der Sitzung des VA am 04.07.2023 eine Entscheidung herbeigeführt

werden kann.

d) Platzbelegung bei Tagespflegepersonen

Aktuell sind 27 Tagespflegepersonen (TPP) in Melle aktiv, dazu kommen weitere 13 Tagespflegepersonen außerhalb von Melle, die Kinder aus Melle betreuen.

Bei den 27 Tagespflegepersonen werden derzeit 139 Kinder betreut. Die Platzzahl liegt bei 96 Plätzen, jedoch werden Plätze auch aufgeteilt, z.B. auf bestimmte Wochentage oder Tageszeiten. Pro TPP dürfen maximal 5 Kinder gleichzeitig betreut werden.

e) Anfrage zur Einrichtung eines Waldkindergartens

Am 14.03.2023 ist eine Anfrage zur Einrichtung eines Waldkindergartens im Raum Riemsloh eingegangen. Nach einer ersten Beratung des Interessenten durch das Kita-Büro wurde am 07.04.2023 ein Antrag auf Genehmigung und Finanzierung eines Waldkindergartens für zwei Gruppen auf einer Fläche an der Straße „An der Europastraße“ gestellt.

In Absprache mit dem Träger fand am 21.04.2023 ein Ortstermin mit dem zuständigen Mitarbeiter des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung (Landesjugendamt) statt. Dieser ist für die Erteilung von Betriebserlaubnissen für Kindertagesstätten im Raum Melle zuständig.

Die Stellungnahme ergab jedoch, dass das Landesjugendamt weder die Fläche des Interessenten noch die Fläche eines Waldbesitzers im nahen Umfeld (ca. 400-500 m entfernt) für geeignet hält. Das betrifft vor allem den Zustand der Flächen, die Größe sowie auch die Lage direkt an der Autobahn.

Zudem wurde dem Antragsteller bereits signalisiert, dass der Einsatz von öffentlichen Mitteln zur Abdeckung von möglichen Betreuungsbedarfen abgewogen werden muss. Der Betrieb eines Waldkindergartens ist ein ideelles Angebot, auf das eine Kommune nicht verweisen darf. Zudem ist der personelle Einsatz zur Betreuung von 15 Kindern in einem Waldkindergarten gleich hoch wie zur Betreuung von 25 Kindern in einem Kindergarten. Solche und weitere Faktoren spielen eine Rolle bei der Entscheidung, ob und welche Betreuungsangebote gefördert werden sollen. Die Stadt Melle ist aktuell dabei, die Gesamtplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung noch einmal neu und an geänderte Bedarfslagen/Grundvoraussetzungen angepasst, aufzustellen.

Näheres hierzu unter TOP 8.1.

Mögliche Anträge von weiteren (vom Landesjugendamt genehmigungsfähigen) Einrichtungen müssen/sollten dann in diesem Gesamtkontext bewertet werden.

Frau Hövel bezieht sich auf das Bielefelder Screening und erklärt, dass man immer stolz auf dessen flächendeckende Durchführung gewesen sei. Für sie stelle sich die Frage, wie die Kinder in der Zwischenzeit, bis andere Fördermaßnahmen greifen, gefördert werden. Des Weiteren erkundigt sie sich nach dem aktuellen Zeitplan für die Kita an der Jugendherberge und ob der Start in 2024 noch gehalten werden könne, denn es habe bislang bereits viele Verschiebungen gegeben.

Herr Dreier geht nach wie vor davon aus, dass der Termin noch gehalten werde. Die dort stehenden Container, in der die Kita der Johanniter derzeit untergebracht ist, sind Gegenstand der Ausschreibung der Trägerschaft für die Kita in der Jugendherberge. So könne der Betrieb in diesen Räumen – trägerabhängig - bereits im September aufgenommen werden.

Frau Mons nimmt Bezug auf die erste Frage und erläutert, dass die anderen Fördermaßnahmen weiterlaufen. Das Bielefelder Screening sei ein spezielles Verfahren gewesen, das jedoch insbesondere Kinder mit einem Migrationshintergrund nicht entsprechend berücksichtige. Ein Delta in der Förderung werde jedoch nicht entstehen.

Frau Beckmann berichtet, dass die Durchführung des Bielefelder Screenings für Eltern eine Möglichkeit der externen Beurteilung ihrer Kinder geboten habe und so auch Sicherheit gegeben habe. Sie hebt die hohe Qualität in den Kitas in der Stadt Melle hervor. Des Weiteren spricht sie die Kinder an, die noch keinen Betreuungsplatz erhalten haben und appelliert an die Stadt, alle Kinder zu versorgen.

Frau Mons verweist hierzu auf TOP 8.1.

Frau Wehrmann berichtet davon, dass sie bei ihren Besuchen in verschiedenen Kitas auf die Defizitverträge zwischen Träger und Stadt angesprochen worden sei. Sie erkundigt sich danach, ob alle Verträge mittlerweile unterschrieben worden seien.

Frau Mons erläutert, dass für den gesamten Landkreis Osnabrück Defizitverträge abgeschlossen werden sollen. Die Meller Vertragsentwürfe seien u.a. die Grundlage für den Landkreis gewesen. Die Vertragsangebote lägen den Trägern vor, aber es sind noch nicht alle unterschrieben. Hier waren noch diverse Gespräche notwendig. Der Abschluss solle jedoch bis Anfang 2024 erfolgen. Landkreisweit sei eine Frist bis 2026 vorgesehen.

Frau Kruse-Wiegand erkundigt sich danach, ob es Statistiken gebe zum Anteil der Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen in Kitas.

Frau Mons teilt mit, dass es aktuell keine Statistik gebe, falls eine erstellt werden könne, diese aber nachgereicht werde.

Herr Holzgräfe merkt an, dass es in den Defizitverträgen noch keine Regelung bzgl. der baulichen Nutzung gebe. Diese werde erst in zwei Jahren erwartet.

Frau Mons bestätigt, dass es für den Bereich Instandhaltung noch Klärungsbedarf gebe. Hierzu sei auf Landkreisebene eine Kita-Kommission gebildet worden, die entsprechende Zahlen bereits angefordert habe. Übergangslösungen gebe es jedoch, auch mit der Möglichkeit, Sonderanträge zu stellen, sollte beispielsweise die Heizung erneuert werden müssen.

TOP 7 Schulen

TOP 7.1 Schulstrukturprozess 2030 Vorlage: 01/2023/0107

Frau Mons erläutert den Schulstrukturprozess 2030 anhand einer ausführlichen PowerPointPräsentation.

Frau Krohnfuß mangelt es an Transparenz in diesem Prozess. Zur Begehung der Oberschulen sei erst sehr spät eingeladen worden. Sie warnt vor der Einrichtung nur einer zentralen Schule. Schon jetzt sei die Schülerbeförderung überlastet. Des Weiteren appelliere sie im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen zu können. Auch die Machbarkeitsstudien hätten transparenter durchgeführt werden sollen, so habe niemand die Möglichkeit mitzuwirken.

Frau Mons berichtet, dass der Rat der Stadt Melle sich in einem ersten Termin zunächst generell mit diesem Prozess und der Notwendigkeit dazu befasst habe. Der eigentliche Auftakt des Prozesses finde heute statt. Die Themen *Nachhaltigkeit* und *Busverbindungen* seien auch vom Rat als Kriterien benannt worden. Es habe keine Festlegung auf eine Schule gegeben! Im weiteren Verlauf werden auch die Schulleitungen einbezogen, wie auch der

Stadtelternrat und die Schülerschaft, die zwar nicht einzeln aufgeführt worden sei, jedoch mitwirken werden.

Frau Krohnfuß hält es auch für wichtig, die Attraktivität der Stadtteile einzubeziehen, denn Schulen und Kitas seien Standortfaktoren, die für Familien entscheidend sind.

Frau Mons führt weiter aus, dass auch die Ortsbürgermeister einbezogen werden.

Frau Hövel stellt fest, dass es hier nicht nur um Sanierung und Erweiterung gehe, sondern darum räumliche Möglichkeiten zu schaffen, die einem pädagogischen Konzept entsprächen. Hier seien dann zunächst die Schulleitungen und die Kollegien als Impulsgeber gefragt, nicht nur als Interviewpartner. Es handele sich um ein anspruchsvolles Konzept, welches vieler Akteure bedürfe. Für sie stelle sich die Frage, welche Rolle der Bildungsausschuss habe, wie häufig Sitzungen anberaumt werden müssen, auch vom Gebäudemanagementausschuss.

Frau Mons erörtert, dass es sich lediglich um einen ganz groben Rahmen handele. Das detaillierte Ausarbeiten beginne mit dem 07.06.2023 in einem ersten Gespräch mit dem Prozessbegleiter, z.B. wann der Ausschuss beteiligt wird, wie viele politische Vertreter hinzugezogen werden, in welcher Arbeitsgruppe wer arbeitet, usw. Die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen werden frühzeitig eingebunden. Das Interview mit den Schulleitungen wird zuerst geführt, weil es elementar für den weiteren Prozess ist, sie geben den notwendigen Input. Das Regionale Landesamt für Schule und Bildung (RLSB) trägt pädagogische Verantwortung mit und wird daher ebenfalls einbezogen. Es wird nichts vorgegeben. Die Herausforderung sei groß, aber es gehe um Schulen, die die nächsten 50 oder 60 Jahre stehen und da müsse man sich fragen, wie ein Bau aussehen könnte, um eine größtmögliche Flexibilität hinsichtlich der künftigen Anforderungen bieten zu können. Heute fehlt es bereits an Platz in den Mensen und anderen Bereichen, obwohl deren Planung und Einrichtung noch nicht lange her ist.

Frau Kruse-Wiegand ist der Ansicht, dass etwas getan werden müsse. Die Kinder bräuchten gute Schulen, denn die Schule sei Lebensraum. Es sei richtig jetzt den Prozess anzugehen. Besonders wichtig sei dabei, dass er nachvollziehbar und für alle verständlich sei. Daneben müssten die Spezialisten für Schule mitgenommen werden. Der Prozess sei ergebnisoffen, dennoch sei man es den Eltern und SchülerInnen schuldig, schnell zu einer Lösung zu kommen.

Vorsitzende unterstützt diese Äußerungen und fasst zusammen, dass es gilt eine qualitativ gute Lösung für alle zu finden.

Herr Dreier ergänzt, dass man auf der einen Seite nichts übers Knie brechen müsse, aber man könne die Schulen auch nicht immer weiter vertrösten. Wenn alle an einem Strang zögen, sei es möglich, bis Ende Dezember eine Lösung zu finden, aber der Prozess könne an jeder Stelle flexibel gestaltet und zeitlich noch ein wenig angepasst werden. Darauf werde explizit im Angebot von SICHT.weise hingewiesen.

Herr Hinze stellt fest, dass es viel Verunsicherung gebe. Der Prozess sei komplex und umfassend. Es sei sehr bedauernswert, dass vorab Informationen an die Presse durchgestochen worden seien. Jetzt gebe es Klarheit, es sei verständlich und die Wahrnehmung aller Interessen blieben gewahrt. Die SPD-Fraktion begrüße den Prozess und Ziel sei es, die beste Entscheidung für die Schülerinnen und Schüler zu treffen.

Herr Timpe schließt sich seinem Vorredner an. Er halte das Standardraumprogramm für eine gute Basis, sehe aber auch Veränderungen z.B. im Hinblick auf integratives Lernen. Die

professionelle Begleitung des Prozesses sei erforderlich, damit man nicht am Bedarf der Schulen vorbeplane und die Investitionen auch entsprechend genutzt würden.

Frau Beckmann erkundigt sich, wann denn die Grundschulen berücksichtigt würden, bzw. ob es auch für diese künftig einen solchen Prozess gebe.

Frau Mons erklärt, dass bzgl. der Grundschulen alles weiterlaufe und saniert werde, wie z.B. die GS in Neuenkirchen (Erweiterungsbau und Sanierung), GS Gesmold und GS Buer. Letztere allerdings im Zusammenhang mit der OBS Buer, weil es sich um eine GOBS handele. Die GSen werden entsprechend dem Standardraumprogramm ausgestattet und in jedem Stadtteil werde es weiterhin eine GS geben. Zu beachten seien hier insbesondere auch die künftigen Vorgaben zum Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026.

Frau Krohnfuß merkt an, dass die Bevölkerungsdichte zunehme und die Geburtenzahlen stiegen. Sie fragt, ob diese Entwicklungen in die Überlegungen einbezogen würden.

Frau Mons antwortet, dass die Geburten- bzw. Schülerzahlen grundlegend für diesen Prozess seien, anders sei kein bedarfsorientierter Schulbau möglich. Es würden z.B. auch künftige Baugebiete berücksichtigt und wie schnell diese vorrausichtlich vollständig bebaut seien.

Frau Aryus-Böckmann erkundigt sich nach den Containern, die an der OBS Neuenkirchen ausgetauscht werden sollen und ob Container grundsätzlich kompatibel mit dem Standardraumprogramm seien. Der ebenfalls dort befindliche Jugend-Pavillon werde nicht mehr genutzt, die Jugendlichen gingen nun einmal wöchentlich in den TVN-Raum und man sei auf dem Weg neue, feste Räume zu finden. Sie fragt, ob dieser Pavillon in dem Zuge gleich mit abgebaut werde.

Frau Mons stellt klar, dass Container grundsätzlich eine Übergangslösung seien und keinesfalls die Kriterien des Standardraumprogramms abdecken. Die neuen Container seien höherwertiger und würden zu den Sommerferien aufgebaut. Anschließend erfolge der Um- und Ausbau. Es werden dort in einem ersten Schritt zwei Klassenräume mit einem Differenzierungsraum dort untergebracht. Der neue Standort sei mit der Schulleitung abgesprochen, damit der Übergang von den alten Containern in die neuen reibungslos verlaufen könne. Zum Abbau den Jugend-Pavillons teilt sie mit, dass dieser grundsätzlich abgängig sei und die Verwaltung bereits andere Optionen prüfe.

Herr Pietsch hält die Aussicht auf einen Lebensraum Schule für fantastisch. Schön wäre es ebenfalls an drei Standorten schicke neue und flexible, für den Ganzttag geeignete und nach neuesten Konzepten entwickelten Oberschulen haben zu können. Man versuche hier die bestmögliche Variante zu finden. Auf jeden Fall würden alle mit eingebunden, auch SchülerInnen, Eltern und Lehrer.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

TOP 8 Kindertagesstätten

TOP 8.1 neue Bedarfsprognose zur Kindertagesbetreuung in Melle für Kinder (Geburt bis Einschulung) Vorlage: 01/2023/0106

Frau Mons erläutert die neue Bedarfsprognose anhand einer PowerPointPräsentation.

Frau Wehrmann ist der Auffassung, dass diese Prognose durch ein Herunterbrechen der Zahlen auf Stadtteile ungenauer würde, daher halte sie eine stadtteilübergreifende Prognose für präziser. Allerdings sollte man auch hier eine Stadtteilversorgung beibehalten, denn die Eltern wünschten sich für ihre Kinder eine wohnortnahe Kita. Sie frage sich jedoch, was mit den insgesamt 121 unversorgten Kindern U 3 und Ü 3 passiere.

Frau Mons erläutert, dass in den Containern vor der Jugendherberge 30 Plätze und in Buer II 15 Plätze im Krippenbereich entstehen. Für den Bereich der über 3-Jährigen seien weitere 25 Plätze in Buer II, 25 Plätze in Sancta Maria Gesmold und 25 Plätze in den Containern an der Jugendherberge in der Umsetzung. Die Plätze im KiGa-Bereich seien ausreichend, die für den im Krippenbereich seien zu wenige.

Frau Wehrmann fragt nach den Möglichkeiten der Versorgung zum 01.08.2023, worauf **Frau Mons** mitteilt, dass man alles geprüft, aber aktuell keine Möglichkeit sehe, die Unversorgten zum 01.08.2023 unterzubringen. Allerdings werden dann in der zweiten Jahreshälfte, wie gerade erläutert, einige weitere Plätze zur Verfügung stehen.

Herr Dreier erinnert daran, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder diese Situation gegeben habe. Künftig rechnet man daher auch mit einer höheren Quote, um endlich „vor die Welle zu kommen“ und den Bedarf zu decken.

Frau Beckmann freut sich, dass das Thema nun endlich angegangen werde. Sie regt an, auch die Möglichkeit eines Platzsharings anzubieten. Viele Eltern seien ihrer Ansicht nach bereit, ihre Arbeitszeiten so auszurichten, wie es Betreuungszeiten gebe. Allerdings hätten die Eltern auch ein großes Interesse an einer örtlichen Unterbringung. Bezüglich der Kinder, die zwischen dem 01.08. und 30.09. drei Jahre alt werden, stelle sich die Frage, ob in so einem Fall der Besuch einer Kindergartengruppe der richtige Weg sei.

Frau Mons weist darauf hin, dass diese Vorgehensweise nicht seitens der Stadt beeinflusst werden könne. Es sollte jedoch damit Rechnung getragen werden, dass ein hoher Anteil der betroffenen Kinder in den Kindergarten gehen.

Frau Beckmann spricht die Entwicklung in der Tagespflege an, denn die Rahmenbedingungen dort würden sich immer schwieriger gestalten, sodass viele Tagespflegepersonen die Arbeit nicht länger fortsetzen.

Frau Mons erklärt, dass die Tagespflege sich weiter professionalisieren müsse, die dortige Betreuung werde qualitativ der Krippe gleichgesetzt. Der Landkreis Osnabrück habe die Standards dort entsprechend hochgesetzt. Dass immer mehr Kinder in institutionellen Einrichtungen betreut würden, habe man jedoch im Blick.

Frau Beckmann spricht die Empfehlung aus der Präsentation an, nach der eine fünfgruppige Einrichtung für Riemsloh empfohlen werde. Sie erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass bereits mehrere Träger Interesse an der Errichtung einer Kita/Krippe gezeigt hätten, die aber dann wieder einen Rückzieher gemacht hätten. Aus diesem Grund plädiere sie dafür, dieses schon in der Planung mitzudenken.

Frau Mons versichert, dass man den Stadtteil Riemsloh gut im Blick habe.

Frau Kruse-Wiegand, Frau Aryus-Böckmann und Herr Hinze sehen die Stadt auf gutem Wege. Es sollte für jede Familie versucht werden, eine kreative Lösung zu finden.

TOP 8.2 Kinderhaus Buer e.V. - Umsetzungsbeschluss für Anbau und Sanierung
Vorlage: 01/2023/0103

Herr Kunze erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Wehrmann und Herr Holzgräfe begrüßen den Anbau, der seit langem erwartet werde und eine gute Entwicklung für Buer sei.

Herr Timpe und Frau Beckmann sehen die Notwendigkeit und gleichzeitig auch Anreize für die Beschäftigten in der Einrichtung.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, ohne Enthaltungen folgenden

Beschlussvorschlag:

Das Bauvorhaben „Anbau KiTa Buer“ soll, wie in der Sach- und Rechtslage sowie in den Anlagen beschrieben, umgesetzt werden.

TOP 9 Antrag der SPD-Fraktion: Menstruationsartikel an städtischen Oberschulen
Vorlage: 01/2023/0123

Herr Hinze erläutert den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, dessen Grundlage ein Parteitagsbeschluss der SPD Melle sei. Ziel des Antrags sei es, die Schulen in die Lage zu versetzen, den Beschluss umzusetzen.

Frau Wehrmann hält es für wichtig, dass die Oberschulen in die Umsetzung einbezogen werden.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, ohne Enthaltungen dem Antrag zuzustimmen.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 09.05.2023 folgenden Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt sich mit den Leitungen der städtischen Oberschulen drüber zu verständigen, ob und wie kostenlose Menstruationsartikel für junge Frauen und Mädchen an den städtischen Oberschulen niederschwellig und hygienisch zur Verfügung gestellt werden können. Die notwendigen Finanzmittel zur Anschaffung sind den drei weiterführenden städtischen Schulen zur Verfügung zu stellen, zusätzlich zu ihrem bisherigen Schulbudget. In der nächsten Sitzung wird hierüber berichtet.

TOP 10 Wünsche und Anregungen

Vorsitzende teilt mit, dass sie sich wünsche, den Bildungsausschuss in Kitas und Schulen tagen zu lassen. Dieses sei allgemein befürwortet worden.

gez. Stefanie Ernst

gez. Andreas Dreier

gez. Marion Noruschat

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)